

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen, Bezugspreis halbjährlich 70 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verkehr monatlich 1,80 Mk.; Einzelnummern 10 Pf. Oskonto Nr. 50 bei der Oberaustriarische Neuenbürg Zweigt. Wildb. : Bankkonto: Enztalbank Komm.-Gef. Pöberle & Co. Wildbad. : Postfachkonto Stuttgart. 29174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bez. Grundr. 12 Pfg., außerh. 15 einschl. Inf.-Steuer. Reklamezeile 30 Pfg. : Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auskunfterteilung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. : Schluß der Anzeigenannahme tägl. 8 Uhr vorm. : In Kontursfällen od. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachlagewähr. weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung Theodor Gack in Wildbad, Wilhelmstraße A 151; Wohnung: Charlottenstraße 221

Nummer 151

Freitag 179

Wildbad, Montag, den 30. Juni 1924

Freitag 179

Jahrgang 59.

Oesterreich und der Völkerbund

Der jüngsten Tagung des Völkerbundes hat man nur in zwei Ländern mit einer gewissen Spannung entgegengeesehen: in Oesterreich und in Ungarn. Im letzteren Lande fiebert ein Teil der Politiker und eine Minderheit der Bevölkerung danach, nach dem Beispiel Oesterreichs sanfter zu werden. Man muß gestehen, daß es die maßgebenden Nachbarn Ungarns und ihre Hintermänner trefflich verstanden haben, die Kreditmöglichkeiten zu verknüpfen, daß Ungarn nur auf die Hilfe des Völkerbundes angewiesen ist, sich also betr. Abrüstung, Kontrolle der eigenen Wirtschaft, Verhinderung von planmäßiger Erleichterung der Jugend ganz unter das Joch von Tscheden, Südlawien, Rumänien und deren Schirmherren Frankreich beugen muß. Man kann sich nach den Ergebnissen der Tagung auch beruhigen: Ungarn wird „sanfter“ werden, der Völkerbund hat ein neues Mittelamt zugewiesen bekommen und wird in den kommenden Jahren Ungarn wahrscheinlich in derselben demütigen Haltung dem Genfer Aepocap nahen sehen, wie es jetzt bei Oesterreich der Fall ist.

Wenn die österreichische Delegation, ihres tatkräftigen Führers Dr. Seipel vorläufig beraubt, kam nach Genf mit lebendigen Bitten. Oesterreich kann keine Beamtenreform durchführen, kein neues Befehlsgesetz votieren, keinen durchgreifenden Abbau vornehmen, wenn es nur auf das Ausgabenbudget von dreihundert Millionen Goldkronen angewiesen ist. Seine Einnahmen übersteigen fünfshundert Millionen, und das Normalbudget könnte also ohne Gefahr für die Geldgeber erhöht werden, um Oesterreich das Atmen leichter zu machen. Andererseits strebt Oesterreich auch eine baldmöglichste Beendigung der fiskalischen und hemmenden Kontrakte durch den Völkerbund an. Das österreichische Parlament hat sich einstimmig für eine Erhöhung des Normalbudgets ausgesprochen, hat die Zwischigkeiten und den politischen Haber für diese Zeit begraben und wollte die Regierung durch das einstimmige Votum stützen. Aber die Delegation hat falsch abgeschritten, sie kam unverrichteter Dinge aus Genf zurück. Die Bitte um eine Flüssigmachung der noch gebundenen Restkredite der Völkerbundantleihe wurde nicht erfüllt. Eine neue Kommission soll in einigen Monaten in Oesterreich ihres Amtes walten und wird feststellen, ob das Land wirklich arbeitet, ob ein erster Wille zur Gesundung vorhanden ist, ob, anders gesagt, die Geldgeber nicht um ihr Geld zu zittern brauchen. Es bleibt also vorerhand alles beim alten. Der Völkerbundkommissar Dr. Zimmermann hat über die Regierung gesagt, der von uns schon einigemal besprochene Konflikt zwischen der österreichischen Regierung und dem Vertrauensmann des Völkerbundes hat sich in greller Weise kennlich gemacht. Herr Dr. Zimmermann will so leichtes Herzens nicht auf die ihm liebgewordene Wiener Beschäftigung verzichten, die ihn zu einem ungetrübten Herrscher der Republik machte, und er hat sich, ehe die Genfer Tagung begann, noch schnell nach Paris begeben, um in den dortigen politischen und Bankkreisen die notwendigen Weisungen zu erbitten. Und Frankreich hat natürlich seinem Bevollmächtigten recht gegeben; dies ist umso erklärlicher, als ja in Frankreich ein starker Groll auf Oesterreich wegen der Frankenspekulation herrscht. Die Wiener Presse hat ob dieser Niederlage ein großes Lament erhoben, und gerade die eifrigsten Lobredner des Völkerbundes sind zu seinen Gegnern geworden. Oesterreich wurde mit düren Worten abgepeelt: sparen, sparen und abermals sparen! Im September soll die Finanzkommission des Völkerbundes während der Vollziehung und öffentlichen Tagung einen endgültigen Beschluß fassen, ob man auf dem starren Wortlaut des Abkommens betriebs Oesterreichs besteht oder eine Milderung eintreten läßt.

Letzte Prüfung

Die Schüssel- und Schlemmerkommission

Man schreibt mir aus deutschen Militärkreisen: Die Antwortnote der deutschen Reichsregierung in der Angelegenheit der „letzten militärischen Generalinspektion“ wird vor Ablauf dieser Woche fertiggestellt sein und rechtzeitig, d. h. nach dem 1. Juli in Paris übergeben werden. Es hat keinen Zweck mehr, in der Öffentlichkeit sich gegen diesen Constatanzgang auszusprechen, etwa so, wie man am nächsten Sonntag im Sitzungssaal des Reichstages in Wort und „Tunt“ gegen die Schuldfrage des Versailler Vertrages protestieren wird. Denn der Pfeil ist nun einmal im Fliegen. Das Reichskabinett unterwirft sich. Es tut sein Neuherties an Widerspruch damit, daß es in besonderer Beantwortung des Londoner Herriot-Macdonald-Briefes sich die Anfrage erlaubt, was man darunter zu verstehen habe, daß die alliierte Militärkommission in möglichst naher Zukunft ganz aufgehoben werden solle. „Möglichst“ und „nahe Zukunft“ sind relative Begriffe, und da die Entente nie etwas umsonst und nie etwas aus Liebe oder Mitleid für das niedergeworfene Deutschland getan hat, erfucht Dr. Stresemann wahrscheinlich auch um genauere Angabe der Bedingungen, die seitens Deutschlands erfüllt sein müssen, damit die von allen ehr-

Tagesspiegel

Nach der Erklärung des Reichsfinanzministers ist keine allgemeine Steuerfindung möglich.

Geheimrat Held ist mit 78 Stimmen zum bayerischen Ministerpräsidenten gewählt worden.

Die französische Regierung lehnt ab, vor dem 16. Juli wegen der Ricum-Verträge mit der deutschen Regierung zu verhandeln.

General Degoutte hat die Rückkehr der Ruhr ausgenutzt zugelassen.

Liebenden Deutschen gehobte Schüssel- und Schlemmerkommission endgültig ihre Koffer zur Rückreise in die Heimat packt. Der Spionage Schüsselkommission ist eigentlich noch zu milde. Die 295 Kontrolloffiziere Rollets, von denen 149 Franzosen und Belgier sind, haben bisher zu einem gewissen Teil nicht nur Industriespionage getrieben, sondern was noch schlimmer ist, sie haben ohne Grund und Recht deutsche Wirtschaftswerte in unübersehbarer Menge vernichtet. In 337 Fabriken, in denen kontrolliert wurde, betraut sich der Wert an unbrauchbar gemachtem Material und der Zerstörungskosten auf 2,7 Milliarden Goldmark. Von ehemaligen Reichsanlagen wurden 5—600 Gebäude zerstört. Ihr Wert: ungefähr 53 Millionen Goldmark. Bei den Deutschen Werken allein sind etwa 250 Gebäude niedrigergerissen und 10 000 Maschinen unbrauchbar gemacht worden. Weitere 10 000 Maschinen wurden zwangswelie verkauft. Und in diesen Zahlen ist der Wert des „herausgeholt“ Kriegsmaterials nicht eingerechnet. Wir können noch deutlicher werden: amerikanische Beobachter erheben gegen einzelne Gruppen der Kontrollkommission die Beschuldigung, daß sie das zur Zerstörung bestimmte deutsche Kriegsmaterial zum großen Teil zur Bewaffnung ihrer eigenen Armeen verwendet haben. Eine große Anzahl von U-Bootsmotoren, U-Bootsmaterialien, Wäschengewehre, Infanteriegewehre und anderen Kriegsausrüstungsgegenständen ist nicht zerstört worden, sondern nach Japan, Italien, Frankreich und England gewandert. Dabei bedienten sich die interessierten Mächte einiger vermittelnder Privatfirmen. Auf diese Weise sind z. B. U-Bootsmotore auf dem Weg über Zürich und Triest nach Japan gewandert, wo sie in japanische U-Boote eingebaut wurden. Eine große Anzahl Maschinengewehre, die in Düsseldorf lagerten und gleichfalls zur Zerstörung bestimmt waren, sind nach Frankreich gebracht worden. Die Waggons waren mit falschen Aufzetteln versehen. Was aus den Küstungsplänen, aus den Patentzeichnungen deutschen Kriegsmaterials, insbesondere aus den Plänen für die großen U-Bootkreuzer letzten Typs (der vierte der berücksichtigten fünf Punkte in den letzten Kontrollnoten) geworden ist, darüber könnte man manches ausplaudern. Genug, die Kommission, die durch die Ernennung des Generals Rollet zum französischen Kriegeminister nun vollständig ein Pariser Pflänzchen geworden sein dürfte, heißt bekanntlich auch die Schlemmerkommission. Deutschland muß die Kraftwagen, das Benzin und den Selti bezahlen, den die Herren der Kommission verbrauchen. Die ständige Damenbegleitung ist man ja bei den französischen Offizieren gewohnt. Daß aber wegen Verstoßes gegen den § 175 des Strafgesetzbuches von deutschen Gerichtshöfen vier Mitglieder der Kommission bestraft werden mußten, das läßt tief blicken. Die neue deutsche Antwortnote tut gut, wenn sie eine möglichst unauffällige Durchführung der Generalinspektion verlangt, damit Zwischenfälle vermieden werden. Nicht nur die deutschen Militärbehörden, das ganze Volk wird aufatmen, wenn die letzte Prüfung ohne Skandal vorübergegangen ist.

Herriot über Chequers

Paris, 27. Juni. Auf eine Anfrage des Senators Hubert wegen der Abmachungen in Chequers verlas Herriot im Senat eine schriftliche Erklärung, die wie folgt lautet: Ich habe mich infolge einer Einladung des britischen Premierministers nach Chequers begeben, um mit ihm die Verhältnisse zu diskutieren, die geeignet sind, den Sachverständigenplan zur Ausführung zu bringen. Ich vertraue in die Annahme dieses Planes. Die Alliierten müssen nur die Sicherheit erlangen, daß ihre Forderungen an Deutschland einen kommerziellen Wert haben. Was die militärische Besetzung des Ruhrgebietes betrifft, so ist keinen Augenblick die Rede davon gewesen, die Handlungsfreiheit der französischen und der belgischen Regierung aufzugeben. Es war notwendig, die Verfehlungen Deutschlands gegenüber dem Dawesplan ins Auge zu fassen. Mac Donald hat mir bestätigt, daß für den Fall, daß Deutschland versagen würde, Großbritannien als Hüter des Vertrages sich feierlich verpflichten werde, an der Seite der Alliierten zu bleiben. Wir werden die Prozedur zu prüfen haben, die im Falle etwaiger Verfehlungen Deutschlands angängig erscheint. Aber unsere Unter-

redung hat sich auch auf die Mitarbeit Englands bei der Aufrechterhaltung des Friedens erstreckt und auf die Frage einer Garantie für Frankreich gegen einen deutschen Angriff. Ich habe die Sicherheiten, die der Friedensvertrag gibt, nicht aufgeben können. Was die Gebiete betrifft, die der französisch-belgischen Regie unterworfen sind, so werden die Sicherheitsbedingungen militärischen Sachverständigen unterbreitet. Damit Europa in Frieden leben kann, muß Deutschland entwaffnet sein. Erklärungen und Versprechungen können uns nicht genügen. Ich habe mich überzeugen können, daß in dieser Frage die Ansicht Mac Donalds mit der meinigen absolut übereinstimmt. Daraus erklärt sich auch die Abwendung einer von Mac Donald und mir unterzeichneten Note an Deutschland. Unsere belgischen Freunde, die so oft für eine Verständigung zwischen Frankreich und Großbritannien gearbeitet haben, haben sich über diesen Beschluß, der ihnen mitgeteilt wurde, so, wie er gefaßt war, gefreut, denn unsere Bemühungen sind im gemeinsamen Interesse aller Alliierten erfolgt und zielen darauf ab, die Einheitsfront wieder herzustellen. Die Minister Theunis und Hymans haben sich, nachdem sie sich über die Einzelheiten unserer Verhandlungen unterrichtet hatten, mit uns völlig einverstanden erklärt. In keinem Augenblick und in keiner Frage hat es Schwierigkeiten gegeben. Der Augenblick war für die deutsche Regierung schlecht gewählt, einen neuen Modus für Verhandlungen zu suchen. Ihr Interesse besteht darin, so rasch wie möglich die notwendigen Maßnahmen zur Durchführung des Dawesplanes zu ergreifen. Dieser Plan macht die Einberufung einer Konferenz notwendig. Der englische Premierminister hat den Wunsch ausgesprochen, daß diese Konferenz in London stattfindet. Wir haben seinen Vorschlag angenommen. Ich werde Ihrem Auswärtigen Ausschuss eine Erklärung abzugeben haben. England wünscht, daß sich Deutschland durch eine unterschriebene Verpflichtung bindet. Ich habe alle Vorkehrungen getroffen, damit diese Verpflichtung keinerlei Neuerungen des Vertrages von Versailles schafft. Ich glaube auch, die Frage der interalliierten Schulden aufmerken zu müssen. Ramsay Mac Donald hat zugestanden, daß diese Unterhandlungen unverzüglich wieder aufgenommen werden. Ich habe auf die ungünstige Lage hingewiesen und werde immer wieder darauf hinweisen, in der Frankreich sich befindet, wenn man ihm in dieser Frage nicht eine billige Lösung zugesteht. Ich habe genau die im Laufe der Verhandlungen erzielten Resultate mitgeteilt und ich habe mich durch endgültige Abmachungen nicht gebunden. Ich habe die Rechte des Parlaments vorbehalten. Das erzielte Ergebnis dieser Verhandlungen ist die Festigung des einmütigen Wunsches der Vertreter Englands, Frankreichs und Belgiens, einen Frieden auf der Grundlage der Gerechtigkeit zu schaffen. Wir haben erklärt, daß an dem Tage, an dem Deutschland die Verpflichtungen erfüllt hat, die ihm der Vertrag von Versailles auferlegt, es nur von ihm abhängen wird, in den Völkerbund einzutreten. Wir haben uns dabei verständigt, zu erklären, daß Deutschland nicht beunruhigt wird, wenn es loyal sei, daß aber, wenn es nicht loyal sei, ihm nichts erspart bleiben würde. Im Verlaufe der Verhandlungen, die eingeleitet werden und die nun jetzt täglich fortgesetzt werden, werden wir nicht zugeben, daß Frankreich zu leiden haben wird. — Als Herriot seine Rede beendet hatte, wurden ihm vom Senat regelrechte Ovationen dargebracht. Senator Hubert stellte fest, daß die Erklärungen des Ministerpräsidenten ihn im ganzen befriedigt hätten, allerdings unter dem Vorbehalt weiterer Auseinandersetzungen. Ich will unterstreichen, sagte er, daß Herriot erklärte, daß im Einverständnis mit unseren Alliierten Deutschland entwaffnet werden muß. Wenn der Ministerpräsident sein Programm durchführt, wird er sich für das Land sehr verdient gemacht haben.

In der Kammer gab Herriot dieselbe Erklärung ab. — Es wurde ihm darauf mit 397 gegen 27 (kommunistische) Stimmen das Vertrauen der Kammer ausgesprochen.

Paris, 27. Juni. Der „Matin“ schreibt über die gestrigen Erklärungen Herriots in Kammer und Senat:

Man kann nörgeln und kommentieren. Wenn aber die Worte einen Sinn haben sollen, muß man anerkennen, daß zum erstenmal seit 1918 ein englischer Premierminister sich entschlossen erklärt, an der Seite Frankreichs für die Durchführung des Friedensvertrages zu stehen. Zum erstenmal seit dem Kriege hat ein englischer Premierminister in gutem Glauben sich bestrebt, die Bedürfnisse und Ziele des französischen Volkes zu verstehen. Es scheint nicht, daß Mac Donald irgendwelche Hintergedanken habe. Wo es sich um Reparationen handelt, will er, daß England an der Seite Frankreichs stehe, um in Zukunft jedes Verfehlen Deutschlands gegenüber dem Sachverständigenplan zu vermeiden. Wenn es sich um die Sicherheit handelt, überläßt er uns die Mittel und Wege, um zu diesem Ziele zu gelangen. Wenn es so ist, muß die Loyalität anerkannt und gewünscht werden, daß Mac Donald im Foreign Office und im Schachamane ebenfalls ergebene Unterstützung finden möge, wie Herriot im Duag d'Orsay.

Neue Nachrichten

Memorverträge und Dawesplan

Berlin, 27. Juni. Die von der französischen Regierung gestern dem deutschen Botschafter in Paris übergebene Note des französischen Ministerpräsidenten, worin der deutsche Antrag auf die Einleitung von Verhandlungen über die Ausföhrungen der Reparationskohlentieferungen nach dem 1. Juli abgelehnt wird, hat folgenden Wortlaut: In Beantwortung der an die französische Regierung gerichteten Noten betreffend die Erneuerung der Ricumverträge, beehrte sich das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, der deutschen Botschaft mitzuteilen, daß mit Rücksicht auf den nahe bevorstehenden Zusammentritt einer Konferenz über die Anwendung des Sachverständigenplanes es dem Ministerium nicht möglich erschien, direkte Verhandlungen mit der deutschen Regierung anzubahnen. Im Hinblick auf den technischen Charakter dieser für die Erneuerung der Memorverträge notwendigen Verhandlungen glaubt das Ministerium überdies, daß sie mit den Vertretern der deutschen Industrie geführt werden sollten. Die französischen und belgischen Delegierten der Ruhr erhielten Instruktionen, allen Forderungen der deutschen Industrie Rechnung zu tragen, die ihnen begründet erscheinen. (gez.) Herriot.

Keine allgemeine Steuererhöhung

Berlin, 28. Juni. Im Steuerauschuß des Reichstages regte der Abgeordnete Becker-Felsen (Deutsche Volkspartei) an, die bestehenden Stundungsbeschlüsse auf alle Besitz Steuern auszuweiten, namentlich im besetzten Gebiet. Reichsfinanzminister Dr. Luther wandte sich zunächst gegen die auf Grund des letzten Reichsbankausweises in der Öffentlichkeit bestehende Auffassung, daß das Reich ein hohes Guthaben habe. Von den 686 Millionen öffentlichen Geldes seien 302 Millionen Reichsgelder. Von diesen seien aber nur 41 Millionen reichselgenes Geld. Die restlichen 351 Millionen seien fremde Gelder. Hieran entfielen 100 Millionen Mark auf Rentenmarktkredite. Im Hinblick auf die Zukunft wies der Minister weiter darauf hin, daß die Steuern nicht in der Höhe der sehr schwierigen Voreinschätzungen eingingen, und zwar zum Teil weniger, zum Teil mehr. Bisher hätten aber die Mehreingänge überwogen. Es bestie aber ein Loch von 470 Millionen, hauptsächlich infolge der Ausföhrung des Friedensvertrags. Eine generelle Steuererhöhung für gewisse Erwerbsstände oder Landsteuern sei ganz unmöglich.

Die Deutschnationalen sind nicht für Annahme der Militärkontrolle

Berlin, 27. Juni. Die angekündigte Besprechung von Vertretern der deutschnationalen Reichstagsfraktion mit dem Reichskanzler fand in Gegenwart des Ministers des Innern und des Reichswehrministers statt. Von den Deutschnationalen wurden Bedenken gegen die Zustimmung der Regierung zu der von den Alliierten geforderten nochmaligen Wiederholung der Militärkontrolle zum Vortrag gebracht. Die deutschnationale Reichstagsfraktion weist in einer nach Schluß der Besprechung veröffentlichten Erklärung darauf hin, daß durch die Mitteilungen der Regierung an ihre Vertreter ihre Bedenken in Sachen der Beantwortung der letzten Note der Alliierten betreffend die Militärkontrolle nicht perzipiert worden sind.

Das neue Koalitionsprogramm in Bayern

München, 28. Juni. Bekanntlich haben sich Bayerische Volkspartei, Deutschnationale und Bauernbund nunmehr über die Richtlinien eines neuen Koalitionsprogramms unter vielen Schwierigkeiten geeinigt. Das Koalitionsprogramm gliedert sich in sieben Punkte, die die staatspolitischen, staatsfinanziellen und wirtschaftlichen Fragen betreffen.

In staatspolitischer Hinsicht steht der Satz oben an, daß das Schwert der Gewalt nur in den Händen des Staates sein darf. Verfassungsmäßige Organisationen dürfen in Zukunft nur unter der Führung des Staates stehen. Staatsfeindliche Bestrebungen sowie Putschbestrebungen und gewalttätige Eingriffe in die Staatsverfassung werden mit allen Mitteln durch die Staatsgewalt unterdrückt werden müssen. Damit geht Hand in Hand die Wiederherstellung der Staatsautorität mit allen Mitteln. Beamte sind unmöglich, die in Verbindung mit revolutionären Organisationen von links oder rechts ihre eigene Staatsregierung bekämpfen oder Organisationen fördern und angehören, die revolutionären Charakter tragen.

Hast du der Wahrheit und dem Geist gelebt,
So ist das Alter Krone deines Strebens
Hast du nur nach Genuß gestrebt,
So ist's der Kagenhammer deines Lebens. Emmer

Die Bauerngräfin.

Roman von Fr. Lehne.

63

(Nachdruck verboten.)

Und gerade der Frau, die so oft mit Absicht gekränkt, der mußte sie zu tiefem Dank verpflichtet sein. Das drückte sie viel mehr noch als ihre Schuld dem Bruder gegenüber, die es gar nicht mal als Schuld empfand. Rudi's Ungehorsam allein, den sie besonders unterstrich, war die Veranlassung zu diesem fatalen Zwischenfall gewesen.

Tennoch aber mußte sie, wenn auch schweren Herzens, in die Laubenbergsche Villa gehen und sich nach dem Befinden der Gräfin erkundigen, ehe sie abreiste. Ihrem Beispiel folgten alle Damen des Reiments, deren Urteil sich mit einem Male zugunsten Rosemaries geändert hatte. Keine von ihnen hatte den Mut und die Kraft zu einer solchen Tat in sich gefühlt. Und Rosemarie Laubenberg gerade hätte am allerwenigsten Ursache gehabt, ihre Gesundheit ohne Besinnen aufs Spiel zu setzen, wo die Generalin Wolbech verantwortlich gewesen war.

Rosemaries Besuch, das an ihr Schlafzimmer ließ, als einem Blumenbain.

Die Genesende freute sich doch, wenn ihr Blick durch die geöffnete Tür auf die Blumenpracht fiel, die ihr täuschlich ins Haus geschickt wurde. Keiner ließ es sich nehmen, ihr eine Aufmerksamkeit zu erweisen, vor allem natürlich der Oberst. Die „schöne Frau“ war die Heldin des Tages geworden, wie Thymen zu Hans Eckardt sagte.

Schließlich durfte Rosemarie Besuch annehmen. Seit einigen Tagen war sie außer Bett. Sie war blaß und dünn geworden, fühlte sich aber ganz wohl. In einem weichen, weichen Schlafrock gebüßt, empfing sie den Oberst von Laffert und seine Frau, die als erste sie sehen durften.

Mit Tränen in den Augen küßte Frau von Laffert Rosemarie auf beide Wangen.

„Wie soll ich Ihnen danken, Liebste, Beste —“

Das Gebiet der Justiz muß der poltischen Beeinflussung entrückt sein, woraus sich ergibt, daß keine Rechtspflege gebildet werden kann, die von poltischen Erwägungen abhängig ist. Selbstverständlich ist, daß es weder zweierlei Rechtsprechungen noch Urteilsprüche, die mit zweierlei Maß gemessen sind, geben kann.

Um die bayerischen Staatsfinanzen auf eine gesündere Grundlage zu stellen und zu erhalten, ist strengste Sparsamkeit zu üben. Die Produktion muß energisch gefördert und der Wirtschaftsstrebe unter Herabminderung des Steuerdrucks mit allen Mitteln erhalten werden.

Eine Hauptforderung ist die möglichst baldige Wiederherstellung der finanziellen Selbstständigkeit des bayerischen Staates unter gebührender Berücksichtigung der Reichsfinanzen.

Damit im Zusammenhang steht auch die Frage einer endgültigen Regelung des Verhältnisses des bayerischen Staates zum Reich. Maßgebend muß dabei die letzte Denkschrift der alten bayerischen Regierung über die Revision der Weimarer Verfassung sein.

Die Frage der bayerischen Eisenbahn und Post muß nach Grundsätzen der wirtschaftlichen Vernunft und der Vertragstreue gelöst werden. Die einzelnen Bundesstaaten müssen, unbeschadet der Größe und Einheit des Reichs unabhängige Glieder des ganzen Reichs mit eigener Staatspersönlichkeit sein.

Das Programm bezeichnet schließlich die rasche Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche als unbedingtes Gebot der bayerischen Innenpolitik. Das Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche ist auf der Grundlage eines neuen Konkordats zu ordnen. Parallel damit geht die Regelung des Verhältnisses zwischen dem Staat und der protestantischen Kirche, für die eine ähnliche Vereinbarung zu treffen ist.

Vier Monate Rüstungsgeneralrevision!

Paris, 28. Juni. „Echo de Paris“ läßt sich aus Berlin melden, die Kontrolle könne jetzt wieder aufgenommen werden, aber man wisse, daß die deutschen Militärstellen „hinderliche Zwischenfälle“ vorbereiten. Die Kontrollkommission werde vorgeschlagen, mit der Generalrevision am 15. Juli zu beginnen und sie auf volle vier Monate auszudehnen bei je 80 Kontrollgängen in jedem Distrikt.

Rückkehr der Ruhr-Ausgewiesenen

Paris, 27. Juni. Wie Havas aus Düsseldorf meldet, hat General Degoutte Vorkerkungen getroffen, um die Rückkehr sämtlicher aus der französischen Zone des Ruhrgebietes und aus dem Brückenkopf von Köln Ausgewiesenen bis auf einige Ausnahmen zu ermöglichen, da die französische Regierung, um in beruhigendem Sinne zu wirken, den aus dem besetzten Gebiet seit dem 11. Januar 1923 ausgewiesenen Personen gegenüber weitgehende Gnademahnahmen beschlossen hat. Diese Entscheidung ist am 27. Juni den Beteiligten mitgeteilt worden. Des weiteren sind Strafeinstellungen zugunsten der wegen Teilnahme am passiven Widerstand Verurteilten angeordnet worden, denen binnen kurzem die endgültige Begnadigung folgen wird.

Wird der englische Kanal-Tunnel gebaut werden?

London, 27. Juni. Der Premierminister empfing gestern in der Downing-Street eine Abordnung von Mitgliedern des Kanal-Tunnelauschusses des Unterhauses, der den Zweck verfolgt, die Regierung zur Genehmigung des Baues eines Ärmellanal-Tunnels zu bestimmen. Das Parlamentmitglied William Bull, der Vorsitzende des Kanal-Tunnel-Auschusses erklärte, daß sie von insgesamt 400 000 Personen, die jeder drei großen politischen Parteien angehören, unterstützt werden. Mac Donald sagte, die gesamte Frage werde sehr sorgfältig vom praktischen Standpunkt aus erwogen werden müssen. Er habe daher eine Sonder Sitzung des Reichsverteidigungsauschusses einberufen, um die Angelegenheit und den ihm darüber unterbreiteten Bericht zu beraten. Er beabsichtige, selbst den Vorschlag im Ausschuss zu übernehmen. Er habe den in Betracht kommenden Minister gebeten, mit der Abordnung zusammenzutreffen, damit sie hören, was diese zu sagen habe. Er habe auch alle vormaligen Minister, die im Reichsverteidigungsausschuß gesessen und sich über diese Frage bereits eine Ansicht gebildet hätten, gebeten, an der Sitzung teilzunehmen. Bevor der Reichsverteidigungsausschuß einen Bericht über diese Frage erstattet habe, würde es jedoch unangebracht für ihn, Mac Donald, sein, die Regierung zu einer Stellungnahme zu verpflichten. Am Schluß seiner Unterredung erklärte Mac Donald, er habe auch alle vormaligen Minister gebeten, an der Sitzung teilzunehmen. Dies sei aus zwei Gründen geschehen: Es gelte die Frage aus der

„Dadurch, daß Frau Oberst nicht wieder davon sprechen. Es war wirklich nichts. Rein bischen Selbstent, wozu man es anscheinend aufgebaut hat. Rudi hätte sich auch allein wieder herausgefunden, davon bin ich überzeugt.“

„Aber Ihre Krankheit. — nur durch Ihr Selbstlosigkeit —“

„Nur ein unglücklicher Zufall. Ich bin ja so gut wie gesund. In kürzester Zeit darf ich reisen, hat mir der Arzt gestattet.“

„Und bleiben dann so lange wie sie wollen!“ sagte der Oberst. „Ich gebe dem Herrn Rittmeister unbeschränkten Urlaub.“

Bevor sie schlief sie die Augen nieder. Hans Eckardt sah so flehend zu ihr hin. Wenn sie ja sagte; sie ahnte, wie gern er sie besuchte, um sie herum sein würde. Aber nein, das durfte nicht sein, die Schranke durfte nicht fallen.

„Herr Oberst sind sehr still; doch wir wollen durchaus keine Behorruama!“ entseete sie. „Mein Bruder, der Arzt, will mich besuchen; das genügt, und so sind wir sicher, daß mir der Gesundheitsest recht und seine Ertrahungen bedauern werden! Im andern Fall; mein Mann und ich sind große Freunde von Fußwanderungen und würden darin vielleicht läubigen. Und wiederum — ich möchte ihn nicht zu Hause weise einladen. Darum ist es schon besser, er besucht mich allein.“ Sie schickte lebenswichtige die Herrschaften an, ohne Hans Eckardt anzusehen. Der war ganz blaß geworden vor Enttäuschung und Schmerz. Deutlich sahen ihm ihre Worte, daß sie keine Gemeinsamkeit mit ihm wünschte.

„Ach, liebe Gräfin, wir sind so in ihrer Schuld, und dennoch wollen Sie uns jede Gelegenheit nehmen, uns ein wenig erkenntlich zu zeigen.“ sagte die Frau Oberst.

„Wenn mir Frau Oberst auch fernherhin Ihr Wohlwollen bewahren wollen, würde ich Frau Oberst sehr dankbar sein.“

„Recht, als Sie es schon haben, können wir es Ihnen nicht geben. Bleiben!“ sagte Frau von Laffert herzlich. „Ich weiß, Sie haben es nicht ganz leicht gehabt, wenn wir offen sein wollen — aber es wird anders werden! Und Rudi darf morgen mit mir kommen? Er wollte Sie durchaus heute schon sehen.“

„Nicht! aino Rudi Laffert am nächsten Tage neben der Mutter einber, einen in Seidenpavler geküßt, großen

Atmosphäre der Parteipolitik herauszuheben, und er wünsche auch den besten Rat derer zu erhalten, die mit größter Autorität über diese Fragen sprechen könnten. Alle vormaligen Minister hätten die Einladung angenommen. Bevor der Reichsverteidigungsausschuß seinen Bericht über diese Frage erstattet habe, würde es jedoch unangebracht sein, die Regierung zur Stellungnahme zu verpflichten. Alle Vorstellungen offizieller Art seitens der französischen Regierung würden bei der britischen Regierung bei allen Beschlüssen, zu denen sie gelangen könnte, beträchtlich ins Gewicht fallen.

Die Opposition fordert Mussolinis Rücktritt

Rom, 28. Juni. Die Oppositionszeitungen betonen, daß die Opposition nicht eher wieder an den Arbeiten der Kammer teilnehmen werde, als bis die Nationalmiliz abgeschafft und Recht, Gesetz und Ordnung wieder im Lande herrsche. Indirekt verlangt die Opposition auch den Rücktritt Mussolinis dadurch, daß sie ihn als Ministerpräsidenten und Minister des Innern politisch und parlamentarisch für den Mord in erster Linie verantwortlich macht. Die Opposition will sich selbst nicht an der Regierung beteiligen, sondern überläßt es den Faschisten, Nationalisten und Rechtsliberalen, eine neue Regierung zu bilden mit solchen Personen, die nicht kompromittiert sind. Die Opposition meint, daß auch schon aus Rücksicht auf die Verhandlungen mit dem Zustande Mussolini zurücktreten müsse. Sogar eine Umbildung des Ministeriums werde ihm kaum gelingen können. Dagegen versichert man in regierungsfreundlichen Kreisen, daß, wenn Mussolini nach der Umbildung seines Kabinetts die Kammer bis November in die Ferien schicke und inzwischen der Nationalmiliz ihren Parteiparakter nehme und für Recht und Ordnung Sorge, die Popularität, die bedeutendste Partei der Opposition, es nicht wagen würden, den Arbeiten der Kammer fernzubleiben.

Der Innenminister Federzoni über die Auswüchse des Faschismus.

Rom, 28. Juni. Der Minister des Innern Federzoni hat einem französischen Redakteur versichert, mit der Gehehridrigkeit einer überreifen Bande, die besonders auf dem Lande ihr Unwesen trieb und den Ortsbehörden Vorkerksten machen wollte, werde jetzt aufgeräumt. Diese Leute müßten endlich einsehen, daß nur der Staat das Recht habe, einzuschreiten und Vorschriften zu machen. Die Isolation des Faschismus habe der Ministerpräsident schon lange gewünscht und angestrebt, doch sei diese von rubeulösen faschistischen Elementen bis jetzt verhindert worden. Wie ein Vorkerkstag habe daher das Verbrechen an Matteotti gewirkt und sei von allen verurteilt worden. Er sei sicher, daß aus diesem Schmerz eine Ära des inneren Friedens und der Wohlfahrt hervorgehen werde.

Deutscher Reichstag

Die Landwirtschaft im Reichstag

Berlin, 27. Juni. Bei der gemeinsamen Beratung der von den verschiedenen Fraktionen eingegangenen Interpellationen und Anträge über die Notlage der Landwirtschaft und des Weinbaues entwickelte sich eine ausgedehnte Debatte. — Abgeordneter Schiele (Deutschnat.) begründete die Interpellation seiner Partei, worin verlangt wird, daß das Mißverhältnis beseitigt wird, das durch Maßnahmen der Gesetzgebung auf Zoll- und handelspolitischem Gebiet zwischen den Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse einerseits und denen für landwirtschaftliche Bedarfsartikel andererseits jetzt schon seit längerer Zeit besteht. Auch der Weinbau befinde sich in einer furchtbaren Lage. Der Redner fordert schließlich Beseitigung der letzten Reste der Zwangsirtschaft, Verbot der Besteuerung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel und einer Heranziehung der Landwirtschaft zur Gewerbesteuer. Bestimmung einer Höchstgrenze für die gesamte steuerliche Belastung des einzelnen Pflüchtigen und Bewertung der landwirtschaftlichen Grundstücke nach einheitlichen Grundsätzen. — Der Abg. Schmidt-Röpenid (Soz.) wandte sich gegen die Forderungen des Reichslandbundes auf Einführung von Schutzzöllen und Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte. Er verlangte vom Landwirtschaftsminister Aufklärung, ob die Regierung tatsächlich schon ein Schutzzollgesetz ausgearbeitet habe, das nur aus tatsächlichen Gründen noch nicht veröffentlicht worden sei, und bezeichnete es als eine maßlose Ueberreibung, wenn allgemein behauptet werde, daß die Landwirtschaft die Landarbeiterlöhne und die Steuern nicht bezahlen könne. Zum Schluß betonte der Redner, daß seine Partei die Abgabe von Land der

Rosenstrauß tragend, und ebenso wichtig legte er ihn nachher Rosemarie in den Schoß.

„Ich soll Ihnen auch schon danken, daß Sie mich aus dem Wasser gezogen haben, und — und —“ Er stockte, und fragend sah er seine Mutter an. „Wie sollte ich weiter sagen Mama? Ich habe es vergessen.“

Die junge Frau lachte und zog ihn an sich. „Lasse gut sein, Rudi, ich glaub's dir auch so.“ Sie schob ihm ein Stück Schokolade in den Mund, das er sich auf schmecken ließ.

„Sehen Sie nur ordentlich nach!“ rief Rudi, „da ist nämlich etwas zwischen den Blumen für Sie — da!“ Effritia boa er die Blüten auseinander, griff selbst hinein und reichte ihr ein kleines Eui. „Das haben Sie von mir! machen Sie es mir auf.“

Der Dedeel sprang auf, und — auf blauer Seide gebettet lag ein herrlicher, goldener Anhänger mit der einwärtsblenden Aufschrift: „In tiefer Dankbarkeit! Rudi von Laffert.“ Daneben das Datum seines Unfalles und auf der andern Seite sein Bild.

Rosemaries Wangen feuchteten sich.

„Frau Oberst“ kam sie sie. „Sie beschämen mich.“

„Nein, liebe Gräfin, Sie burkten uns das nicht wehren.“

„Doch — Sie haben ja selbst gewünscht, daß nicht mehr davon abzurechnen wird. Tun wir es also auch nicht?“

„Trotz kamen jetzt die Reimentskavallerie nacheinander, ihren Besuch zu machen. Rosemarie war sehr herzlich und nahm durch ihre bewinnende Art diesen Besuch das Beste und das für die Damen Reimentsrad als dem Vorhergehenden an. Weisheit hatte Sie auch das Gefühl, daß sie selbst durch einen unvorhergesehenen Stoß früher ein wenig geküßt und sich zu sehr überfordert hatte.“

Es war am Tage vor ihrer Abreise.

Der Märwinde ging kühl und herb; doch er ließ den Kräfte ohne.

Sie wäre gern geblieben. Sie liebte es über alles, dieses atmungsreiche Gemäch der Natur in kühlere Geenden, und heimliche stürmische betrachtete sie jeden Baum und Strom wie das Leben sich in ihnen regte und zur Entfaltung drängte.

(Fortsetzung folgt.)



Großgrundbesitzer zur bäuerlichen Bewirtschaftung nach bodenreformlichen Grundsätzen verlangen. — Abgeordneter Kerp (Zentrum) gab ein Bild von der Notlage der Landwirtschaft und des Weinbaus, die von niemand bestritten werde. Er verlangte, daß dem Landwirt ein bescheidener Gewinn gesichert werde. Die Regierung solle eine Weinkontingenz einberufen, um mit den Weinbauorganisationen eine Rettungsaktion für den deutschen Weinbau in die Wege zu leiten. Seine Partei beantrage, daß bei der Einführung ausländischer Weine der volle gesetzliche Zoll erlegt werde, ehe die Einfuhrgenehmigung erteilt werde. — Abg. Hepp (D. B.) begründete die Anträge seiner Fraktion, die eine einheitliche steuerliche Bewertung des landwirtschaftlichen Bestandes in Reich, Ländern und Gemeinden, ausreichende Hilfe auf ausländische Weine, Steuernachlaß, zinslose Steuerfindung, bezugsloser Kreditgewährung für den notleidenden Weinbau, Ermäßigung der Umsatzsteuer, zinslose Steuerfindung für Landwirtschaft und Aufhebung der bisher für die ausländischen landwirtschaftlichen Produkte geltenden Umsatzsteuerbefreiung verlangen. — Abg. Schliephake (Nat. Soz.) betonte die Notwendigkeit des Schutzes der deutschen Landwirtschaft im völkischen Interesse. — Hierauf verlas Landwirtschaftsminister Graf Kainig eine längere Erklärung der Reichsregierung zu den einzelnen Beschwerden der Landwirtschaft. Zur Behebung der Kreditnot habe die Reichsbank schon über den üblichen Rahmen hinaus Kredite gegeben und könne bei der Begebung von Wechselkrediten nicht wesentlich weiter gehen. Die Landwirtschaft bedürfe des Realzinses zur Produktionssteigerung und zur Finanzierung der bevorstehenden Erntearbeiten, wozu die Rentenbank nutzbar gemacht werden könne, wenn sie nach Annahme des Sachverständigenrats aufgehört habe, Währungsbank zu sein. Der Reichsfinanzminister habe die Finanzämter wiederholt angewiesen, bei der Beibehaltung von Steuern Rücksicht auf die Notlage der Landwirte zu nehmen, doch sei eine generelle, zinslose Stundung der Steuer nicht möglich. Ueber die Beilegung der Wehrbeitragwerte werde jetzt verhandelt und ferner sei eine Senkung der berichtigten Werte um 40 Prozent geplant. Das Mißverständnis zwischen den Stellen der landwirtschaftlichen Produkte und denen der Produktionsmittel sei auf die Lage der Rohstoffindustrie zurückzuführen, die ihrerseits unter dem Druck der Mißwirtschaft leide. Der Minister sagte Erleichterungen bei der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte zu, und stellte Maßnahmen in Aussicht, die der Landwirtschaft Schutz und ihren Preisen Unabhängigkeit von den Schwankungen des Weltmarktes geben sollen. Damit durch diesen Ausgleich zwischen In- und Auslandpreisen die Verbraucher nicht geschädigt würden, sollten steuerliche Erleichterungen bei den Verbrauchssteuern eintreten. — Nachdem der Komm. Bericht über die Regierungserklärung kritisiert hatte, wurden die einzelnen Anträge den verschiedenen Ausschüssen überwiesen, die Debatte aber fortgesetzt. Abg. Dietrich (Dem.) verlangte Ermäßigung der Kreditzinsen und Verbilligung der Dünge- mittel, Abg. Lang (Bayer. Sp.) tabellierte den Reichsfinanzminister wegen seiner geringen Rücksichtnahme auf die Notlage der Landwirtschaft. Abg. Dr. Beyerbücker (Bayer. Sp.) schilderte die Notlage der Winzer in der Pfalz und verlangte Beschränkung der Einfuhr ausländischer Weine. Abg. Bachmeyer (Wirtsch. Bg.) forderte ausreichenden Zollschutz schon für die neue Ernte. — Abg. Kunze (Deutschf.) wandte sich gegen den Zinswucher und forderte Verstaatlichung des Kreditwesens. — Abg. von Rüdiger (Deutschf.) und Abg. Weidenhöfer (Nat. Soz.) erklärten die Regierungserklärung für unbefriedigend, worauf die Aussprache geschlossen wurde. Für die morgen vorm. 10 Uhr beginnende Sitzung stehen Interpellationen und Anträge über die Notlage der aus dem besetzten Gebiet Ausgewiesenen und Anträge zur Aufwertung auf der Tagesordnung.

Württemberg

Stuttgart, 27. Juni. Fürsorge für Kurzarbeiter. Das Landesparlament der christlichen Gewerkschaften Württembergs hat an das württ. Arbeitsministerium und an das Landesamt für Arbeitsvermittlung den Antrag gestellt, daß von dem § 2 Abs. 2 der Verordnung vom 13. Februar 1924 nur Erwerbslosenfürsorge Gebrauch gemacht wird, wonach mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers und des Reichsministers der Finanzen angeordnet werden kann, daß Gemeinden eine Fürsorge für Kurzarbeiter einrichten. Insofern dies noch aussteht, daß Kurzarbeiter von den Beiträgen zur Erwerbslosenfürsorge befreit werden.

Vom Landtag. Der Abg. Adorno und andere Zentrumsabgeordnete haben im Landtag folgende kleine Anfrage gestellt: Ist dem Staatsministerium bekannt, auf welche Art und Weise die Stuttgarter Milchzentrale Gewinne aus der Milchabgabe-Vermittlung auf Kosten der Verbraucher und Erzeuger zieht? Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um 1. dem Publikum über diese eigenartigen Verhältnisse vollste Aufklärung durch die Presse zu geben; 2. der geradezu trostlosen Kreditnot in der Landwirtschaft durch Aufrechterhaltung eines angemessenen Erzeugermilchpreises zu steuern; 3. den Verbrauchern den Ankauf der Milch zu einem Preise zu ermöglichen, der den gewährten Erzeugermilchpreisen einigermaßen entspricht?

Gartenbauausstellung. Im Rahmen der Gartenbauausstellung findet von morgen an eine Sonderausstellung für Frühgemüse und Frühobst statt. Diese Sonderausstellung übertrifft in ihrer Reichhaltigkeit alle Erwartungen und zeigt eine prächtige Aufmachung.

Marktgrönningen, 28. Juni. Schäferlauf. Der Gemeinderat hat beschlossen, den weitbekannten Wettlauf der Schäferinnen und Schäfer am Montag, den 25. August ds. Js. in der üblichen Weise abhalten zu lassen. Der vor Jahren eingeführte Festzug und das Festspiel „Der treue Barthel“ sollen auch heuer wieder zur Ausführung kommen.

Neckargartach, 28. Juni. Heilbronn, 26. Juni. Sturz von der Leiter. Der 44 Jahre alte Gipfelmaler Karl Schneider fiel so unglücklich von der Leiter, daß er am andern Tag den Verletzungen erlag.

Widdach, 28. Juni. Ein katholisches Kasino. Ähnlich wie in anderen großen Kurorten, soll auch in Widdach ein katholisches Kasino gegründet werden, in dem alleinlebende Kurgäste, aber auch Familien Anstich und Gesellschaft Gleichgesinnter finden können.

Hausen ob Urspring, 28. Juni. Hagelschaden. Der Hagelschlag hat hier einen Ernteausschlag von 6300 Zentner Frucht verursacht. Da auch das Obst gänzlich fehlt, ist von einem Ertrag der Felder dieses Jahr keine Rede. Die schwer geschädigten Landwirte sind auf Staatshilfe angewiesen und erwarten in erster Linie, daß man ihnen bis Herbst Geld zu mäßigem Zinsfuß zur Verfügung stellt, damit sie in der Lage sind, Saat- und Brotpflanzen einzukaufen zu können. Um das übrig gebliebene Stroh vom Vorjahr ausschließlich zur Fütterung verwenden zu können, sollte die Forstdirektion in den schönen, üppigen Hochwäldungen Raubstreu verwilligen. Bei

der Knappheit des Geldes hatte niemand den Mut, die Hagelversicherung zu erneuern, jetzt werden Rot und Elend erst recht sichtbar werden.

Tettnang, 26. Juni. Was Wäuser heute wert? In d. Auf dem Rathaus in Mettenhausen fand die Zwangsversteigerung des Hauses statt, das dem Flaschnermeister Heß gehörte. Dieser hatte es an den Kaufmann Karl Grüninger in Bern verkauft. Da der Schweizer jedoch mit dem Restkaufgeld im Verzug blieb, beantragte der jetzt in Hohentengen anässige Heß die Zwangsversteigerung. Hierzu hatte sich eine große Anzahl neugieriger eingefunden. Das erste Gebot betrug 250 Mark, das höchste Gebot 3800 Mark und zwar wurde es vom Vorbesitzer Heß abgegeben. Zum Schluß standen sich nur noch Heß und Franz Buchmaier als Bieter gegenüber. Die amtliche Schätzung des Grundstücks bezifferte sich auf 10 000 Mark.

Rohberg O. A. Waldsee, 27. Juni. Mövenbrut. Gegenwärtig liegen in dem Schilf der Röhre Sees unsere Sommergäste, die Möven, wieder ihrem Brutgeschäft ob. Alljährlich zieht es zahlreiche Naturfreunde um diese Zeit an die lieblichen Gestade des Röhre Sees, um sich dieses interessante Naturleben anzusehen: Die Hunderte sorgsam angebrachten Gelege mit Eiern, die auf den Nestern sitzenden, brütenden Mövenweibchen und die bereits dem Ei entschlüpfen, von den Alten ängstlich bewachten und treu behüteten munteren Tierchen. Es ist jedoch strengstens verboten, Eier mitzunehmen oder die Möven irgendwie in ihrem Brutgeschäft zu stören.

Der Ansturm auf die Feriensonderzüge nach Süddeutschland hat, wie aus Berlin berichtet wird, einen ungeheuren Umfang angenommen. Obwohl die Reichsbahndirektion mit einem Massenandrang gerechnet hatte, war der Ansturm ein ganz ungeheurer und Tausende stellten sich in Berlin schon nachts und in den Abendstunden an den Kartenausgabestellen an, um am nächsten Morgen zu Beginn des Fahrkartenerverkaufs als erste heranzukommen. An einem Vormittag zählte man am Anhalter Bahnhof in Berlin etwa 1500 Personen, die abgefertigt werden wollten. Da aber die meisten Feriensonderzüge bereits ausverkauft waren, hatte ein großer Teil vergeblich gewartet. Bis jetzt sind am Anhalter Bahnhof für insgesamt 15 Feriensonderzüge nach München Karten verkauft worden. Gleich stark ist der Ansturm auf die Sonderzüge nach Basel und nach dem Bodensee.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 27. Juni. Der Landtag trat heute nachmittags zu einer vorläufiglich kurzen Sitzung zusammen. Eine Angelegenheit des Abg. Adam Müller-Mergenthal (Ztr.) soll durch den Staatsgerichtshof entschieden werden. Nachdem das Haus die Beantwortung von 22 Kleinen Anfragen über sich hatte ergehen lassen — man hat für diese Beantwortung jetzt einen besonderen Regierungskommissar in der Person von Oberamtmann Köstlin aufgestellt — wurde in die Beratung des Notetats für das Rechnungsjahr 1924 eingetreten, und der Abg. August Müller stellte hierzu einen Antrag auf Ermäßigung der Notariatsgebühren. Es entspann sich dann eine ausgedehnte Generaldebatte, in der der Abg. Ulrich (Soz.) zwei Anträge stellte, einmal bei Behandlung von Gesuchen politischer Parteien um Zulassung von Ausgebungen unter freiem Himmel unparteiisch zu verfahren, sodann, daß die württ. Regierung bei den Verhandlungen am 5. Juli in Berlin über das Sachverständigen-Gutachten dieselbe Haltung einnehme, wie die seitherige Reichsregierung und der Reichstag. Minister des Innern Holz wies den Vorwurf parteiischer Handhabung der Verbote von Versammlungen politischer Parteien unter freiem Himmel entschieden zurück und erklärte, daß die Bauerntage und die Veranstaltungen der Schützenvereine keine politischen Veranstaltungen seien. Staatspräsident Bazille lehnte es ab, zu den Verhandlungen in Berlin Stellung zu nehmen, da er noch gar nicht wisse, was dort vorgetragen werde. Der Abg. Scheff stellte den Antrag, den Notetat nur bis zum 1. Sept. auszudehnen, und vertat die Auffassung, daß auf den Bauerntagen politische Propaganda getrieben werde. Der Abg. Bod (Ztr.) erklärte sich mit dem Antrag August Müller einverstanden, lehnte aber die Anträge der Sozialdemokratie und der Demokratie ab. Finanzminister Dehlinger wies darauf hin, daß es nicht die Aufgabe der neuen Regierung sei, eine sachliche Änderung der Landessteuergesetze herbeizuführen, der springende Punkt sei jetzt, wie der Einzug der Landessteuern behandelt werde. Der Abgeordnete Karl Müller (Komm.) erklärte, seine Partei lehne den ganzen Entwurf ab. Die württembergische Innenpolitik gehe darauf hinaus, alle Kräfte, die sich gegen die Verklawung wenden, so zu schwächen, daß sie willenslose Werkzeuge der Erfüllungspolitik würden. Dazu gehören auch die Unterdrückung der Kommunisten. Er verlangte hierauf, daß die neue Gefängnisdienst- und Vollzugsordnung sifiziert werde, bis der Landtag darüber geurteilt sei. In der Erwiderung empfahl Justizminister Beyerle, den Antrag Müller dem Rechtsausschuß zu überweisen. Nach weiteren Ausführungen des Abgeordneten Roth (D. Sp.) und Scheff (Demokr.) trat Abgeordneter Hornung (D. B.) für die Bauerntage ein, die rein landwirtschaftliche Veranstaltungen seien und mit Politik nichts zu tun hätten. Abg. Seymann (Soz.) wandte sich hierauf noch einmal gegen den Innenminister Holz, der nur der Gesangene seiner Berater sei, die in den nationalen Wasser Schwimmen und durch seine Politik der Zutreiber des Kommunismus werde und den extremen Radikalismus züchte. Staatspräsident Bazille erklärte, die Regierung wolle den Landtag nicht ausschalten, sondern nur unnötige Verhandlungen vermeiden. In der darauffolgenden Abstimmung wurde der Entwurf des Gesetzes betreffend die vorläufige Regelung des Staatshaushaltes für 1924 nach dem Regierungsentwurf unter Ablehnung der Anträge der Demokraten und Sozialdemokraten in zweiter Lesung angenommen. — Hierauf wurden einige selbständige Anträge dem Finanzamt überwie-

Zum Schluß begründete Abgeordneter Karl Müller (Komm.) seine große Anfrage betreffend den Tod des Strafgefangenen Ralkh von Deschbrunn im Festungsgefängnis Ulm und stellte den Antrag, zur Feststellung etwaiger Schuldiger von verantwortlichen amtlichen Personen an der Straf-anstalt Ulm am Tode des Häftlings einen Untersuchungsausschuß von 7 Mitgliedern zu bestellen. Justizminister Beyerle trägt darauf den Tatbestand des Falles vor. Der Verstorbenen habe ein Geschwür an der Herzklappe gehabt, das nach Ansicht der Ärzte die Ursache des Todes gewesen sei. Ralkh habe bei der Aufnahme ins Gefängnis verschwiegen, daß er 1918 an Herzklappenentzündung erkrankt gewesen sei. Mit dem Geschwür hänge ein Blutaustritt ins Gehirn und die epileptischen Anfälle zusammen, die zum Tode geführt haben. Den Anstaltsarzt könne also keinerlei Vorwurf treffen. Hier erhebt sich bei den Kommunisten ein ungeheurer Tumult und wüste Szenen. Zurufe: Mörder,

Reichshänder. — Der Abgeordnete Müller (Komm.) wurde zweimal zur Ordnung gerufen und mit Ausschluß bedroht. Der Präsident konnte nur schwer die Ruhe wieder herstellen. Der Justizminister fuhr fort, daß es nicht richtig sei, daß der Gefängnisarzt von sich aus die Strafunterbrechung hintertrieben habe. (Zurufe: Sie unterstützen jeden Verbrecher!) Gegen einen Untersuchungsausschuß sich zu wehren, habe ich keinen Anlaß, halte aber einen so großen Apparat nicht für notwendig. — Hier wird um 10 Uhr abends die Sitzung abgebrochen. Nächste Sitzung morgen Samstag, 28. Juni, vorm. 9 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Anfragen und Anträge, sowie die 3. Lesung des vorläufigen Staatshaushaltsgesetzes.

Zur Anerkennung von Futterpflanzenzusaaten

L. C. Wie in den vergangenen Jahren, so führt die Landwirtschaftskammer auch heute die Anerkennung von Futterpflanzenzusaaten durch. Dieselbe erstreckt sich auf Rottklee, In Betracht kommen Züchtungsorten und Landorten; letztere sollten mindestens 10 Jahre im Betrieb oder in der betreffenden Gegend gebaut worden sein; ferner ausdauernder Wiesenrotklee, Luzerne: Diejenigen Landwirte, welche schon seit Jahren die sog. altfränkische Luzerne bauen, sollten diese unbedingt zur Anerkennung anmelden. Doch können auch andere Herkünfte anerkannt werden. Eparsette: Besondere Wert wird auf zweifelhafte Eparsette gelegt. Darunter sind solche Herkünfte zu verstehen, die nicht nur zwei Schnitt geben, sondern zweimal voll in die Blüte kommen. Bastardklee, Gebklee, Weisklee, Hornschotenklee, Sumpfschotenklee, Futtermais, Land- und Züchtungsorten. Als wesentliche Punkte für die Anerkennung gelten neben der Bodenständigkeit der Saat bzw. neben dem Nachweis über die Herkunft derselben ihre Anbauwürdigkeit und die Reinheit des Feldes. Von gefährlichen Unkräutern und Krankheiten müssen die Samenfelder frei sein. Weniger gefährliche Unkräuter dürfen nur schwach vertreten sein. Eine Mindestfläche ist nicht vorgeschrieben. — Anmeldeurkunde sind bei der Landwirtschaftskammer zu beziehen. Eine Gebühr wird von den anmeldenden Landwirten nicht erhoben.

Der Absatz der anerkannten Saat erfolgt entweder direkt von Landwirt zu Landwirt oder die Geschäftsstelle des Württ. Grünlandvereins, Stuttgart, Marienstraße 33. Bei Verkauf des Samens an den Handel ohne Genehmigung der Landwirtschaftskammer erlischt die Anerkennung. Die Sammelstellen und die nicht an Sammelstellen angelegten Einzelzweige haben der Landwirtschaftskammer über die verkäufliche Menge Mitteilung zu machen und nach Aufforderung ein Samenmuster einzusenden. Die Anerkennung kann rückgängig gemacht werden, wenn die Samenprobe keinen angemessenen Gebrauchswert aufweist. Anmeldungen sind umgehend an die Württ. Landwirtschaftskammer, Abteilung Pflanzenbau, Stuttgart, Marienstraße 33, zu richten.

Weingärtner!

Die Peronospora tritt stellenweise überaus stark auf und hat bereits vielfach die Gescheine befallen. Erlahmt daher nicht in der Bekämpfung! Spritzt mit kupferhaltigen Brühen in die abgehende Nebenblüte. Trefft insbesondere die Gescheine und jungen Beeren, um das Auftreten von Lederbeeren zu verhindern. Auf das Spritzen laßt sofort ein Schwefeln folgen.

Sorgt außerdem für schnelle Durchführung der Laubarbeiten, damit Luft und Licht in die Stöcke kommt und der Boden abtrocknen kann. Württ. Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau, Weinberg.

Baden

Karlsruhe, 26. Juni. Der Bürgerausschuß hat mit der Beratung des städtischen Voranschlags begonnen. Sie wurde mit einer Rede des Oberbürgermeisters Dr. Finter eingeleitet, der betonte, das Motto, unter dem der Voranschlag aufgestellt ist, heiße: Sparen und wieder sparen. Das Personal der Stadtverwaltung sei jetzt derart abgebaut, daß schon in einzelnen Zweigen der Verwaltung wünschenswerte Arbeiten eine Verzögerung wegen Personalmangels erleiden müßten. Auf dem Gebiet der sachlichen Ausgaben habe man sich große Beschränkungen auferlegt. Ausgaben für große Projekte könne sich die Stadt nicht leisten. Infolge der knapp bemessenen Tarife seien die Leistungen der städtischen Betriebe (Gaswerk usw.) so stark in Anspruch genommen, daß sie außer dem bescheidenen Kapitaleinstuß von 4 v. H. des Anlagewertes nichts weiteres für allgemeine Zwecke der Gemeinde zur Verfügung stellen können, zum Teil sogar erhebliche Zuschüsse bedürfen. Wie hoch sich der entgeltliche Steuerfuß stellen werde, könne mit Sicherheit noch nicht gesagt werden.

Wie noch erinnert sein dürfte, waren vor längerer Zeit eine Reihe von Personen, gegen die ein Verfahren wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik eingeleitet worden war (die Angeklagten sollten Mitglieder der in Baden verbotenen nationalsozialistischen Partei gewesen sein oder an deren Versammlungen teilgenommen haben), von der Karlsruher Strafkammer freigesprochen worden. Auf die von der Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Urteil eingelegte Revision wurde die Angelegenheit letzter Tage von dem Ersten Strafsenat des Reichsgerichts verhandelt, das die Revision als unbegründet verworfen hat.

Nach eingehenden Beratungen in den Fraktionen haben sich Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten auf die zum Gebäudesteuergesetz von der Regierung gemachten Vorschläge geeinigt, so daß die Annahme dieses Gesetzes durch das Plenum des Landtags gesichert erscheint.

Der 49. Deutsche Gastwirtstag in Karlsruhe schloß am 26. Juni mit der Annahme von Anträgen, die auf die Befreiung der Weinsteuer, die Ermäßigung der indirekten Steuern und die Herabsetzung der Vergütungssteuer abzielen, sowie für die beschlagnahmten Gasthäuser im besetzten Gebiet neben einer Ruhestückabgabe auch eine Vergütung für den entgangenen Gewinn fordern. Im Laufe der Verhandlungen trafen 500 Gäste aus der Pfalz ein, die von der Versammlung aufs wärmste begrüßt wurden.

Karlsruhe, 27. Juni. In tragischem Zusammenhang steht der Tod des Oberamtsmanns Dr. Eduard Brombacher mit dem seiner Schwester. Dr. Brombacher, der bisherige Leiter der badischen Landesversorgungsstelle, war unerwartet infolge eines Herzschlages verstorben. Als die Schwester des Verstorbenen, Frau Gerwig-Baden-Baden, zur Beerdigung ihres Bruders nach Pforzheim begab, wurde sie auf der Fahrt im Eisenbahnwagen ebenfalls von einem Schlaganfall getroffen, an dem sie alsbald verschied. — Mit Oberamtsmann Brombacher ist ein hochverdienter badischer Beamter dahingegangen. Er war 1875 zu Pforzheim als Sohn eines Stadtpfarrers geboren. 1898 ist er in den badischen Staatsdienst eingetreten und war bei verschiedenen Bezirksämtern tätig. 1914 wurde er Oberamtsmann und Amtsvorstand. Im Jahre 1919 wurde Dr. Brombacher mit der Leitung der badischen Nahrungsmittel-, Gemüse- und Obstversorgung in

Karlsruhe beauftragt. In dieser in der Nachkriegszeit besonders schwierigen Stellung hat er sich für die Lebensmittelversorgung unserer bodlosen Heimat durch seine besondere Begabung auf dem Gebiet der Verwaltung hervorragende Dienste erworben.

Lozales.

Der Liederkreis Wildbad zog gestern früh mit Musik zum Bahnhof, um sich an dem 1. Gaufrüherfest des Einzgaues in Birkenfeld zu beteiligen und zwar als preisfindender Verein im Kunstgesang. Von Neuenbürg aus ging's zu Fuß den Berg hinauf und die schöne Waldstraße entlang nach dem festlich geschmückten Birkenfeld. Es machte sichtlich einen guten Eindruck, als die stattliche Sängerschar mit Musik und in strammer Marschdisziplin im Festort einzog. Nachdem im schmucken Gasthaus zum Löwen, wo auch das Mittagessen eingenommen wurde, ein kleiner Imbiß eingenommen war, wurde zum Preisfinden angetreten. Mit der „Symnie an die Musik“ von Lachner hatte sich der Verein eine schwere, sehr mühsame Aufgabe gestellt, aber er hat sie unter der Direktion der Herren Musikdirektoren Albert Günth und Eduard Obergfell aus Pforzheim (Erstgenannter mußte krankheits halber vor einiger Zeit zurücktreten) mit unendlichem Fleiß und großer Ausdauer nunmehr glänzend gelöst. Ist auch das Resultat noch nicht spruchreif bekannt, so kann doch nach dem allgemeinen Eindruck und nach dem Urteil neutraler Sachverständiger eine der ersten Wertungsnoten (Preise gibt es nicht bei einem Wertungsfinden) als errungen gelten. Beim Mittagessen herrschte infolge dessen eine freudige, sangesfrohe Stimmung — die freudige Genugtuung nach gut vollbrachter Leistung. Da mit den Jügen noch zahlreiche passive Mitglieder, teilweise mit ihren Damen, nachkommen waren, mögen gegen 200 Personen im Festzug hinter der altherwürdigen Fahne des „Liederkreis Wildbad“ marschiert sein, ein überaus imposanter Anblick, den wohl kein anderer auswärtiger Verein bieten konnte. Der Nachmittag vereinigte unsere Sänger bei den Massenschören, für die schon vormittags gemeinsam geprobt worden war. Nach nur zu rasch verflochtenen gemühtlichen Stunden im schattigen Bierzelt auf dem schön gelegenen Festplatz (ein bezw. mehrere Tänzchen nach den flotten Weisen unserer fleißigen Kapelle durfte natürlich auch nicht fehlen) ging's mit dem 7 Uhr-Jüglein wieder Wildbad zu, wo man in freudigem Siegesbewußtsein mit Musik und Gesang durch die beiden Hauptstraßen zog, vor dem Lokal (Wildbader Hof) noch zwei Lieder sang und dann noch einige Zeit in bester Stimmung beisammenblieb. Der gestrige Tag darf mit Fug und Recht als ein Ehrentag in der Geschichte des „Liederkreis Wildbad“ eingetragen werden, an dem auch Herrn Vorstand W. Schill und dem Vereinsauschuß ein schöner Anteil zuerkannt werden muß. Dem ganzen Verein daher ein vivat, foriat, crescat! — m

Binden-Künstlerspiele. Das Programm der ersten Juhlhalste steht unter der artistischen Leitung des Herrn Curt Janson und wie es scheint, wird dieses Programm eine Sensation. Unter den diversen Namen ragt besonders, der des bekannten Kammerfängers Hans Bechstein hervor, welcher erst vor kurzer Zeit von seinen 6monatigen Gastspielen aus Südamerika und Spanien zurückkam. Dann, der hier schon bekannte glänzende Humorist am Flügel Ernst Morgan der auch gleichzeitig die Begleitung der Künstler am Flügel übernimmt hat. Willy Dickow der ventriloquistische Improvisator, wird sich bald die Gunst aller Gäste erworben haben. In Anita Gondra wird man eine gute Wiener Stimmungs- und Konzert-Sängerin kennen lernen. Zum Schluß bleibt noch das hier so beliebte Meistertanzpaar Herr y und Curt Janson die ja wie immer in ihren eigenen Tanzschöpfungen aufwarten. Eine ganz besondere Uebertragung, für das tanzlustige Publikum ist die neue fabelhafte Jazzband-Kapelle, die die Stimmung sicher auf die Höhe bringen wird. Hoffen wir, daß der rührigen Direktion auch der Dank für die guten Programme, durch zahlreichen Besuch der Künstlerspiele ausgesprochen wird.

Sprechsaal.

Kriegerdenkmal. Das in Stuttgart seiner Vollendung entgegengehende Kriegerdenkmal trägt den Charakter eines Friedhofdenkmals und ist mit seinem Aufbau (Treppe, Altar, Namenstafeln, Gruppe) ganz dem Terrain des neuen Friedhofs angepaßt. Eine Aufstellung auf einem anderen Platz erscheint unzulässig. Der neue Friedhof wurde als Denkmalsplatz gewählt, nachdem die in Betracht kommenden Plätze (Straubergwäsen, Insel, Anlage bei Gütthler, neuer Kurgarten und Friedhof) von Stuttgarter Kunstfachverständigen am 2. August und 30. Oktober 1922 eingehend besichtigt und geprüft worden waren. Erst nachdem von diesen Kunstfachverständigen alle übrigen Plätze als ungeeignet bezeichnet waren, entschloß sich der Gemeinderat mit Zustimmung von Vertretern der Kriegsteilnehmer für den neuen Friedhof und erließ einen Wettbewerb für das Denkmal. Auch das Preisgericht für das Denkmal, die Herren Professor Habich, Professor Böhlerberger, Professor Knorr, Kunstbildhauer B. May und Bildhauer G. Jung, die als ganz hervorragende Kunstfachverständige unseres Landes gelten, hielten den Friedhof für den allein geeigneten Aufstellungsplatz.

Das Gutachten über den Platz vom 4. August 1922 lautet:

Verein Württemberg. Kunstbildhauer, Stuttgart.
Stuttgart, den 4. August 1922.

An das Verehr. Stadtschultheißenamt Wildbad.

Gutachten.

Bei der auf Wunsch Ihrer Stadtgemeinde und im Bei-

sein einer bestimmten Kommission derselben am 2. August ausgeführten Beratung über den Platz zu einem Gefallenen-Denkmal ergaben sich folgende Gesichtspunkte.

1. Platz am Strauberg.

Derselbe zeigt außerordentlich viel störende Momente, die eine künstlerische oder auch nur gemühtlich ruhige Stimmung, wie sie ein derartiges Denkmal unbedingt verlangt, unmöglich auskommen läßt. Außerdem ist die Zufahrt für schwere Steine ziemlich schwierig. Vom künstlerischen und städtebaulichen Gesichtspunkt aus ist dieser Platz in jeder Hinsicht zu verneinen.

2. Platz auf der Insel.

Dieser Platz hat eine malerische und sehr stimmungsvolle Lage, die gebildet wird durch das umgebende Wasser und die günstige Bepflanzung. Ein Denkmal wäre hier wohl denkbar und durchführbar, wenn nicht der versteckte und schwer auffindbare Zugang diese Wahl verbieten würde. Dabei ist der starke Lärm der umgebenden Straßen in starkem Maße störend. Außerdem wäre die Frage des vorhandenen Raumes der Abhaltung jeglicher Gedächtnisfeiern außerordentlich hinderlich.

3. Platz auf dem neuen Friedhof.

Der Friedhof ist so wunderbar schön gelegen, in ruhiger, tiefer Stille, daß die Seele sich hier unmittelbar Ruhe und Stärkung aus der Natur holen kann. Keinerlei störende Einwirkungen sind vorhanden und so wäre unseres Erachtens dieser Platz der gegebene Ort für ein solches feierlich wirkendes Denkmal für unsere Gefallenen. Derselbe mühte aber in gewisser Hinsicht dem Friedhof das Bild geben und die Aufstellung mühte ohne Zweifel im oberen Teil im Mittelpunkt erfolgen mit dem dunklen Wald als Hintergrund. Dieser Platz ist in jeder Beziehung so vorteilhaft gelegen für ein würdiges Denkmal, daß man es als einen Fehler bezeichnen mühte, wenn es wegen irgend welcher unbedeutender Gesichtspunkte nicht gewählt würde. Es gibt wenige Gemeinden, die in der Lage sind, einen solch schönen Platz zu ihrem Denkmal zu haben. Aber bei der späteren Friedhofsentwicklung mühte unbedingt Rücksicht auf das Denkmal genommen werden, wie des Näheren bei der Beratung mündlich besprochen wurde.

Professor Daniel Stöcker.

Kriegerdenkmal. (An den Fragesteller L. in Nr. 147 des „Wildb. Tagbl.“) Es ist richtig, daß wegen der Platzfrage eine Eingabe an den Gemeinderat entworfen wurde, worin gegen Erstellung des Denkmals auf dem neuen Friedhof Protest erhoben wurde. Da sich aber inzwischen herausgestellt hat, daß im Stadtrat die Gegner vom Friedhofplatz in der Minderheit sind, so ist das Protestschreiben nicht weitergegeben worden. Die Kriegsteilnehmer werden aber bei der Einweihung dem Stadtrat beweisen, daß letzterer „allein steht auf weiter Flur“.

Der heutigen schweren Zeit Rechnung tragend, gewähren wir bis inkl. 5. Juli 1924 auf fast sämtliche Waren trotzdem wir anerkannt billige Preise haben, einen

Extra-Rabatt von 20%

Von dieser Vergünstigung sind vollständig ausgeschlossen: Lebensmittel, Markenartikel, wo wir an Preise gebunden sind.

Wie empfehlen unseren Mitgliedern von diesem außergewöhnlich günstigen Angebot ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Konsum- & Sparverein Wildbad u. Umg.

Telefon 94 G. m. b. H. Telefon 94

Achtung! Bürger. Achtung!

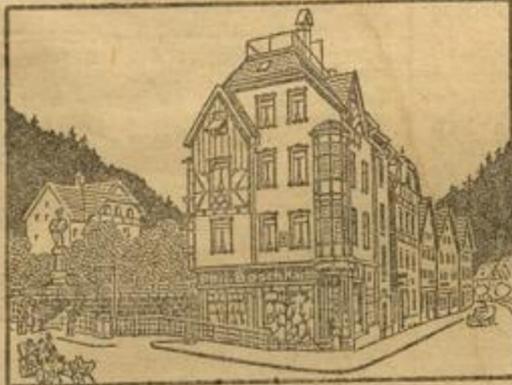
Kammerjäger Heidebrink, langjährig erfahrener Fachmann, übernimmt die Vertilgung sämtlicher Ungeziefer wie Ratten, Mäuse, Wühlmäuse, Schwaben Wanzen usw. unter 2 Jahre schriftlicher Garantie. Erfolg innerhalb 24 Stunden. Für Menschen und Haustiere unschädlich. Bösige Ausrottung des Ungeziefers ist im Interesse der Volkswirtschaft unbedingt erforderlich.

Bestellungen erbitten sofort unter Kammerjäger Heidebrink an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Phil. Bosch Nachf. Jnh. Fritz Wiber Wildbad

Wilhelmstr. 121. Verkaufsstelle: In den Kolonaden. Telefon 32.

Ältestes und größtes Haus am Platze.



Größte Auswahl.

Reellste Bedienung.

Voile-Kleider und Blusen zu staunend billigen Preisen.

Gesucht nach Teupental (Kanton Argau) tüchtiges, braves

Mädchen

im Alter von 23—25 Jahren für Küche und Haus in ardehären Landgasthof, Lohn 50 Fr. ohne Erntegeld, sochen nicht erforderlich, für die Einreise würde geforgt. Zu erfragen bei Küfer Krauß, Wilhelmstr. 94.

Intellig. Dame, gehesten Alters, sucht Stellung in besser. Ladengeschäft. Zuschriften erbeten unter Z. 151 an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Landeskurtheater

Montag, den 30. Juni
Letztes Gastspiel Fritz Schmitt vom Stadttheater Magdeburg
Stadsmann als Erzieher.
Komödie in 3 Aufzügen.

10/30 Benz-Auto

fabriken, Aluminium-Sechsfacher-Karosserie, Selbstfahrer, Winteranlass, Schikanöse Ausstattung, Drahtspeichenräder, sahfertig, wegen Geldmangel aus Privatband spottbillig an Kassakäufer abzugeben.

Offerten unter 150 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.



Alle Musik-Instrumente für Haus und Orchester von den einfachsten Schüler- bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, alles Zubehör, Saiten usw. empf. in reichster Auswahl

Musikhaus Curtz
Großhandel und Einzelverkauf
Pforzheim, Leopoldstr. 17
Kretzenriedstr. — Hochbrücke.

Wasserglas

1a. frische Qualität.

Medizinale Drogerie A. u. W. Schmitt

Geld

erhalten ehrliche Leute jeden Standes auf längere Zeit gegen Sicherheit von Möbeln Bürgen, Geschäfte, Anwesen, und Hypotheken unklünder durch das Württemberg. Hypotheken- u. Darlehensbüro Fronel, Ausnang bei Leutkirch (Württemberg). Tel. Ausnang Nr. 1. Auswärtige Kunden werden jederzeit in Sprechstunden bedient. Auskunft erfolgt kostenlos. Rückporto beilegen.

Gesucht auf einige Wochen für täglich 2—3 Stunden Stenotypist(in)

Offerten unter Nr. 152 an die Tagblatt-Geschäftsstelle erbeten.



Morgen abend Lehrstunde



Turnverein Wildbad.

Am Sonntag, den 6. Juli 1924 findet das Ganturnfest in Schwann

statt. Die Mitglieder werden eingeladen, sich an demselben zahlreich zu beteiligen.

Sammlung 9 Uhr am Bahnhof. Abfahrt 9.20 Uhr. Der Vorstand.

Berlören

am Sonntag auf der Straße von Wildbad nach Sprollenhans von einem Arbeiter

Geldmappe mit Inhalt.

Abzugeben gegen Belohnung in der Tagblatt-Geschäftsstelle oder bei Hans Bogler, Monteur, Sprollenhans.

Möbliertes Zimmer

für jungen Kaufmann für dauernd gesucht.

Zu erfragen in der Tagblatt-Geschäftsstelle.

Gute Ehen

für alle Stände u. Alter vermittelt reell

Fr. J. Hofmann
Stuttgart

Hofstr. 16, Tel. 6327

Grahambrot,

sowie

Bollkornbrot,

gut ausgebacken, vorzüglich im Geschmack, empfiehlt

Hermann Pfau,
Olgastraße.

Einzig dastehend

In Waschwirkung und Ergiebigkeit ist und bleibt Persil. Sie brauchen dabei kein weiteres Mittel, auch keine Seife, da Persil beste Kernseife in feinsten Verteilung reichlich enthält.

Die Persillauge

bereiten Sie vor Hinzugabe der Wasche in kaltem Wasser. Dabei ist die Menge Persil natürlich nach dem Grad ihrer Verschmutzung zu bemessen. Befolgen Sie im übrigen genau die Gebrauchsanweisung; dadurch sichern Sie sich den

besten Wascherfolg!

